

PROTOKOLL

der 289. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 18. Mai 2004
Zeit	19.30 – 20.30 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Christian Staub
Mitglieder	Andreas Aebi, Florian Aebi, Pia Aeschimann, Jolanda Beck, Rolf Berger, Renate Beyeler, Ernst Bigler, Ruth Cadetg-Hafen, Rudolf Eggimann, Verena Flück, Urs Gantner, Marina Graham, Ralf Grubwinkler, Urs Grütter, Patricia Gubler-Geelhaar, Martin Häusermann, Barbara Künzi-Egli, Marc Loosli, Nadia Lützelschwab-Sturzenegger, Elisabeth Mallepell, Johannes Matyassy, Roland Meyer, Alois Müller, Franz Müller, Theres Roder, Christoph Schnyder, Urs Siegenthaler, Barbara Stalder Ritschard, Annemarie Stettler, Lee Streit, Hannes Treier, Ursula Wenger
Stimmzählerinnen	Renate Beyeler, Jolanda Beck
Vertreter des Gemeinderates	Hans-Rudolf Saxer, Gemeindepräsident Hans Aeschbacher, Ursula Gutmann, Hans Haldimann, Thomas Hanke, Susanne Leuenberger-Nussli, Kathrin Mangold
Sekretärin	Karin Pulfer, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Beat Schmid, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	GGR: Verena Bettler Suter, Samuel Brüngger, Ernst Buff, Kathrin Heer, Beatrice Pulver-Schober, Barbara Rigassi, Daniela Schönenberger-König GR: Kurt Steiner, David von Steiger
Protokoll	Nicole Sanktjohanser, Gemeindeschreiberin-Stv.

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 23. März 2004	498
2	Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl	498
3	Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2003	498
4	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2004	501
5	Verwaltungsbericht 2003	501
6	Motion Aeschmann (Forum) / Wenger (EVP) betr. Einstufung der Aebnitstrasse im Verkehrsrichtplan	502
7	Interpellation Matyassy (FDP) betr. Beleuchtung der Mannenriedstrasse, Verbindungsstück Elfenau – Mettlen	505
8	Interpellation Siegenthaler (FDP) betr. Zentrums-Überbauung Turbenweg in Gümligen	505
9	Einfache Anfrage Wenger (EVP) / Aeschmann und Beyeler (Forum) betr. Annahme der Volksinitiative (Doppelinitiative) „Moratorium von Mobilfunkantennen auf gemeindeeigenen Gebäuden“	506
10	Neue parlamentarische Vorstösse	506

Der Präsident eröffnet die 289. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 33 Ratsmitgliedern fest. Speziell begrüsse er Finanzverwalter Beat Schmid, er sei für die Auskunftserteilung zum Traktandum 3 anwesend.

Der Vorsitzende teilt mit:

- Im Auftrag von Herrn Aeschbacher, Vorsitzender der Geschäftsleitung Feuerwehr Muri-Gümligen, weise er darauf hin, dass am Samstagmorgen, 28. August 2004, in Wangen an der Aare eine praktische Einsatzübung der Feuerwehr Muri-Gümligen, gemeinsam mit Teilen des Zivilschutzes, stattfinde. Dies im Rahmen der obligaten Stützpunktausbildung. Alle Ratsmitglieder seien herzlich eingeladen, das Geschehen live mitzuerleben. Ein Transport werde von der Feuerwehr organisiert, die schriftliche Einladung folge.
- Der Parlamentsausflug finde entweder im Oktober oder im November 2004 statt. Weitere Informationen würden folgen.

Hans-Rudolf Saxer informiert, vor ziemlich genau 6 Jahren, nämlich am 21. April 1998, sei das Parlament orientiert worden, dass der Gemeinderat den Gemeindeanteil an die Sanierung Worbstrasse / Unterführung Haco als gebundene Ausgabe im Umfang von 1,806 Mio. CHF bewilligt habe. Der Gemeinderat habe kürzlich diese Abrechnung – mit einem Gemeindeanteil von CHF 1'621'947.45 – genehmigt. Sie schliesse somit mit Minderkosten von CHF 184'052.60 ab.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 **Protokoll der Sitzung vom 23. März 2004**

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 **Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl**

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. Mai 2004 zurücktretenden Johannes Matyassy schlage die Freisinnig-demokratische Partei Hannes Treier, Dipl. Bauing. HTL/NDU, Schubertweg 7, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Einstimmig wird Hannes Treier für den Rest der laufenden Amtsperiode als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten. Weiter gratuliert er Johannes Matyassy zu seiner Wahl als Präsident der FDP des Kantons Bern.

3 **Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2003**

Für die Auskunftserteilung ist Finanzverwalter Beat Schmid anwesend.

Andreas Aebi führt aus, die vom Resultat her unbefriedigende Rechnung 2003 habe natürlich auch in der Geschäftsprüfungskommission mehr zu diskutieren gegeben als diejenigen der Vorjahre. Wiederum sei der Aufwand sehr genau budgetiert worden. Sachaufwand, Nachkredite und Investitionen würden sich im budgetierten Rahmen respektive im langjährigen Mittel bewegen. Die zu optimistischen Erwartungen bei den Steuererträgen seien für diesen Abschluss verantwortlich. Dank der guten Abschlüsse in den Vorjahren hätte bis anhin auch problemlos auf die Erbschafts- und Schenkungssteuererträge verzichtet und diese in den Fonds für das Alter überführt werden können. Nun allerdings wirke sich der Ertragsausfall schmerzlich aus. Die GPK habe sich bereits im Vorjahr mit dem Fonds auseinandergesetzt, inzwischen werde er wenigstens nicht mehr verzinst. Die GPK begrüsse die Absicht des Gemeinderates, weitere Abklärungen zu tätigen.

Weitere Detailfragen hätten durch den Gemeindepräsidenten und den Finanzverwalter beantwortet werden können. Die Unsicherheit bezüglich der Höhe eines Steuerzehntels habe nachträglich beantwortet werden können. Der Anlagezehntel betrage nach den Berechnungen des Steuersekretärs aktuell 3,218 Mio. Franken.

Die GPK beantrage dem Grossen Gemeinderat, den Anträgen gemäss Botschaft zuzustimmen.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, dem Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen habe das Ergebnis des Jahres 2003 entnommen werden können. Die Jahresrechnung schliesse mit einem Aufwandüberschuss von rund 3 Mio. Franken ab. Dieses Defizit sei ca. 1,1 Mio. Franken grösser als budgetiert und deshalb liege ein nicht befriedigender Rechnungsabschluss vor. Gleichzeitig könne er aber festhalten, dass der Abschluss nicht dramatisch sei, und zwar aus folgenden Gründen: Der Gemeinderat und die Verwaltung hätten die Aufwandseite im Griff. In diesem Zusammenhang danke er der Verwaltung und den Kommissionen für ihre Budgetdisziplin. Diese erleichtere dem Gemeinderat die Arbeit sehr. Insbesondere habe man den Sachaufwand im Griff und auch die Nachkredite würden in Anzahl und Umfang leicht unter dem langjährigen Durchschnitt liegen. Im letzten Jahr habe man klar und eindeutig ein Ertragsproblem gehabt. Man habe rund 3,9 Mio. Franken weniger eingenommen als budgetiert. Gestützt auf die gute Arbeit bei der Aufwandseite habe ein Teil davon kompensiert werden können. Speziell sei die Äufnung des Fonds für das Alter. Die heutige Situation sei nicht befriedigend, man vollziehe einen Gemeindeversammlungsbeschluss, welcher 57-jährig sei. In diesen 57 Jahren sei in der Welt und der Gemeinde einiges passiert, auch die Gesetzgebung habe sich geändert. Der Gemeinderat sei daher entschlossen, diese Frage im Hinblick auf das Budget 2005 grundsätzlich zu überprüfen. Ebenfalls positiv sei, dass der Steuerertrag des Budgets 2004 noch rechtzeitig habe korrigiert und markant reduziert werden können, nachdem festgestellt worden sei, dass der Steuerertrag 2003 nicht erreicht werden könne. Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes könne man davon ausgehen, dass sich diese negative Überraschung des Jahres 2003 nicht wiederholen werde.

Eintreten wird nicht bestritten.

Auch die FDP/jf-Fraktion erachte das Ergebnis als nicht erfreulich, führt Hannes Treier aus. Man habe aber festgestellt, dass die Ausgaben unter Kontrolle seien. Die Entwicklung der Einnahmen würde die aktuelle wirtschaftliche Lage widerspiegeln, welche man nicht in diesem Ausmass habe vorhersehen können. Man habe positiv zur Kenntnis genommen, dass diese Entwicklung für das Budget 2004 bereits berücksichtigt worden sei. Die FDP/jf-Fraktion unterstütze die Absicht des Gemeinderates, den Fonds für das Alter zu überprüfen. Sie sei der Ansicht, dass die entsprechende Zweckbestimmung nicht mehr gegeben sei und damit Gelder ohne Bedarf auf die hohe Kante gelegt würden. Es sei verwunderlich, dass der Fonds nicht bereits früher in Frage gestellt worden sei. Die Fraktion sei gespannt auf das Ergebnis dieser Abklärung.

Martin Häusermann führt namens der Forum-Fraktion aus, dass sich leider die damals kritischen Stimmen bewahrheitet hätten, welche anlässlich der Beratung des Voranschlages darauf hingewiesen hätten, dass die prognostizierten Steuereinnahmen für das Rechnungsjahr 2003 zu optimistisch seien. Nun kenne man auch die genaue Abweichung; die Steuereinnahmen seien um über 10% tiefer als budgetiert ausgefallen. Die Rechnung 2003 schliesse dadurch alles andere als erfreulich ab. Genehmigen werde sie das Forum trotzdem, aber es gelte, die Lehren daraus zu ziehen.

Bestimmt sei die Prognose von Steuererträgen eine äusserst anspruchsvolle Aufgabe, dies insbesondere in einer Gemeinde wie Muri. Nicht nachvollziehen könne die Forum-Fraktion jedoch die Argumentation, dass die Äufnung des Fonds für das Alter die Rechnung gegenüber dem Voranschlag negativ beeinflusst habe, würden doch die zugrundeliegenden Erbschafts- und Schenkungssteuern zuerst einmal eingenommen, bevor diese dem Fonds zugewiesen würden.

Er weise darauf hin, dass für den Voranschlag 2003 auf Antrag der Finanzkommission eine Variante mit einer Steueranlage von über 1 ausgearbeitet worden sei. Die Mehrheit im Parlament habe diese abgelehnt. Der damalige Entsch eid habe, zusammen mit der eingetroffenen Entwicklung der Wirtschafts- und Kapitalmärkte, dazu geführt, dass erstmals beide Grundprinzipien bezüglich des Finanzhaushaltes der Gemeinde Muri verletzt worden seien. Die Schuldenhöhe sei nämlich mit 43 Mio. Franken auf anhaltend hohem Niveau und liege damit über der 40 Mio. Grenze liege. Ausserdem sei das Eigenkapital erstmals unter die festgelegten 3 Steuerzehntel gesunken.

Wie die Rechnung 2003 zeige, habe man nicht ein Ausgabenproblem (hier sei nämlich Disziplin gezeigt worden), sondern der Finanzhaushalt bedinge einnahmenseitig Korrekturen. Ohne bereits heute eine Budgetdebatte führen zu wollen, könne er sagen, dass die diesbezügliche Erwartungshaltung des Forums hoch sein werde. Langfristig müssten die Ausgaben und Investitionen durch laufende Steuererträge finanziert werden können. Ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100% sollte im Durchschnitt erreicht werden. Nur so könne man den nötigen Handlungsspielraum sicherstellen.

Den Realisierungsgrad bei den Investitionen sowie die Höhe der Nachkredite erachte die Forum-Fraktion als zufriedenstellend.

An dieser Stelle danke er namens der Fraktion allen, die in irgendeiner Form an der Rechnung 2003 beteiligt gewesen seien.

Die SP-Fraktion habe den Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2003 eingehend studiert, führt Barbara Stalder Ritschard aus. Dabei habe sie festgestellt, dass die Ausgaben ziemlich genau dem Budget entsprächen, die Einnahmen jedoch nicht. Im Budget 2003, welches dem GGR am 22. Oktober 2002 vorgelegt worden sei, sei man davon ausgegangen, dass die Steuererträge bei den natürlichen Personen um fast 10% zunehmen würden. Die SP-Fraktion habe diese Budgetierung bereits damals als schönfärberisch bezeichnet. Dazu sei gesagt worden, dass nach bestem Wissen und Gewissen vorgegangen worden sei und dies zu einem Zeitpunkt, als der Bund bereits von einem Rückgang der Einnahmen ausgegangen sei und sein Budget entsprechend angepasst habe! Hier sei wohl eher der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen – oder man habe gehofft, in der Gemeinde Muri würde sicher der "Scheitstock kalbern", was er dann leider nicht gemacht habe!

Bei den nicht über Gebühren finanzierten Investitionen sei ein Realisierungsgrad von 92% erreicht worden. Damit sei dem Wunsch der SP – in wirtschaftlich schwierigen Zeiten solle die öffentliche Hand nicht bremsen – entsprochen worden. Allerdings zeige es auch, wie fragwürdig ein Investitionsplan sei, der nur von einem Realisierungsgrad von 85% ausgehe.

Weil die Ausgaben klar im budgetierten Rahmen seien, könne die SP-Fraktion dem Verwaltungsbericht zustimmen.

Die Detailberatung der Rechnung 2003 (inkl. der Nachkredittabelle und dem Bestätigungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans) gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

Andreas Aebi, Sprecher der GPK, und Hans-Rudolf Saxer, gemeinderätlicher Sprecher, verzichten auf das Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2003, Abschnitt "Finanz- und Steuerwesen", wird genehmigt.
2. Die Nachkredite in der Gesamthöhe von CHF 1'999'520.00 werden genehmigt.
3. Die Jahresrechnung 2003, die mit einem Aufwandüberschuss von CHF 3'075'459.14 abschliesst, wird genehmigt.

4 Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2004

Der Gemeinderat beantragt, für die Vornahme der Prüfung von Buchhaltung und Jahresrechnung 2004 die ROD Treuhand zu beauftragen.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Für die Vornahme der Prüfung von Buchhaltung und Jahresrechnung 2004 wird die ROD Treuhand beauftragt.

5 Verwaltungsbericht 2003

Die RessortvorsteherInnen stehen zur Auskunftserteilung zur Verfügung.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende dankt namens aller Fraktionen und Parlamentsmitglieder für den vorliegenden Verwaltungsbericht. Es werde einmal mehr aufgezeigt und dargestellt, wie gross die vielfältigen Aufgaben der Verwaltung seien. Der Ausweis über die im zurückliegenden Jahr erbrachten Leistungen zu Gunsten der Bevölkerung der Gemeinde dürfe als ausserordentlich bezeichnet werden. Dafür danke er allen MitarbeiterInnen und dem Gemeinderat bestens. Er bitte den Gemeindepräsidenten, den Dank an das Personal weiterzuleiten.

Namens der Forum-Fraktion bedankt sich Marina Graham für den ausführlichen und interessanten Verwaltungsbericht 2003, welcher wichtige Informationen und statistische Angaben über die verschiedenen Sparten der Gemeinde Muri liefere. Eine sach- und bedürfnisorientierte Gemeindepolitik bedinge gründliche Kenntnisse über die Mitbürger. Damit die Vertreter im GGR noch besser auf die Bedürfnisse ihrer Wählerschaft eingehen könnten, müssten sie auch wissen, welche Struktur diese aufweise. Vertiefere Kenntnisse über die soziodemographische Struktur in der Gemeinde könnten ihnen helfen, die Ergebnisse bestimmter Volksabstimmungen vorherzusehen und ihre Politik besser zu koordinieren. Dazu sei der Verwaltungsbericht ein ausgezeichnetes Instrument. Es wäre deswegen sinnvoll, wenn er noch vollständiger würde. Was sie persönlich – als Neuling in der Gemeindepolitik – besonders interessieren würde, seien einige allgemeine statistische Angaben, welche mit wenig Aufwand in einem Anhang zum nächsten Verwaltungsbericht beigelegt werden könnten. In diesem Anhang könnten z.B.

Angaben über die Einkommensklassen der Haushalte (wie viele Haushalte würden über weniger als CHF 3'000.00 Einkommen im Monat, wie viele über CHF 20'000.00, usw. verfügen) enthalten. Oder die Anzahl der Langzeitarbeitslosen, der Rentner und wie viele davon allein leben, der IV-Bezüger, der Alleinerziehenden, der Kinder, der Studenten usw.

Es würde sie freuen, wenn ihre Anregungen im nächsten Verwaltungsbericht berücksichtigt werden könnten. Sie danke herzlich für das Engagement.

Hans-Rudolf Saxer dankt für die Anregung. Diese werde geprüft und man werde abklären, ob mit vernünftigem Aufwand zusätzliche Unterlagen zur Verfügung gestellt werden könnten, welche dem Anliegen von Marina Graham dienen würden.

Die Detailberatung des Verwaltungsberichtes 2003 gibt zu folgender Bemerkung bzw. Frage Anlass:

44.5 Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen (Personelles)

Florian Aebi (SP) erkundigt sich, warum sich bei den Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern in den letzten Jahren ein solch häufiger Wechsel ergeben habe.

Kathrin Mangold erklärt, manchmal habe man eine glückliche Hand beim Auswählen, manchmal weniger. Sodann könne es dazu kommen, dass sich Dinge entwickeln, welche nicht voraussehbar seien. Beispielsweise sei eine Mitarbeiterin krank geworden und habe auch das „Alleinarbeiten“ falsch eingeschätzt. Es seien verschiedene Umstände zusammengekommen.

Im Moment habe man alle Stellen besetzt und sei sehr zuversichtlich, dass dies nun für längere Zeit so bleibe.

Beschluss

Der Verwaltungsbericht 2003 wird einstimmig genehmigt.

6 Motion Aeschimann (Forum) / Wenger (EVP) betr. Einstufung der Aebnitstrasse im Verkehrsrichtplan

Die Antwort liegt schriftlich vor.

Als gemeinderätliche Sprecherin führt Ursula Gutmann aus, der Vorstoss sei verständlich, wenn man bedenke, wie einfach eine Zonensignalisation 30 im Aebnit zu realisieren wäre. Zur Visualisierung verweise sie auf den vorgängig der Sitzung verteilten Plan.

Es gehe hier jedoch darum, dass der Gemeinderat am Geschwindigkeitsregime Tempo 40 auf der Aebnitstrasse festhalten und diese auch weiterhin als Orts- und Quartierverbindungsstrasse – und nicht als reine Quartierstrasse – nutzen wolle. Entsprechende Anträge der Begleitgruppe habe der Gemeinderat in diesem Sinne beantwortet. Im Weiteren erachte es der Gemeinderat als wenig sinnvoll, so kurz vor der Überarbeitung des Zonen- und Richtplanes einen wichtigen Verbindungsabschnitt isoliert zu betrachten. Deshalb beantrage er die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat.

Pia Aeschmann (Forum) bedankt sich namens der Begleitgruppe Aebnit / Füllerich beim Gemeinderat für die Begründung des vor Wochen abgelehnten Gesuches. Das Gesuch sei damals ohne eine für sie ersichtliche Begründung abgelehnt worden.

Ursula Wenger und sie würden an der Überweisung als Motion festhalten. Diesen Entscheid hätten sie sich nicht einfach gemacht. Es sei ihnen wohl bewusst, dass, wenn sie keine Mehrheit finden würden, dieses für sie sehr wichtige Geschäft vom Tisch sei. Es sei ihnen auch bewusst, dass für viele das Wort "Aebnitstrasse" ein Reizwort sei, sie „rot“ sehen und schon gar nicht mehr hören würden.

Es gehe aber weder darum zu reizen, aufzuhetzen oder den Gemeinderatsentscheid anzugreifen, noch darum, dass langsamer gefahren werde oder, dass jemandem verboten werde, dort durchzufahren, sondern es gehe wirklich um die Sache, die hier und jetzt und nicht erst in ein paar Jahren entschieden werden müsse. Denn jetzt würden die geplanten 30-er Zonen bewilligt und umgesetzt und jetzt würden die BürgerInnen darüber informiert.

Die Begleitgruppe Zone 30 habe die Aebnitstrasse dreimal besucht, jeweils an verschiedenen Abenden, habe jedes Strässchen abgelaufen und versucht, eine einheitliche Zone 30 zu schaffen. Beispielsweise der Grossweidweg: Dieser gehöre zur Zone 30, sei auch ein Schulweg für kleine Kinder. Für dieses kurze Strässchen eine Zone mit einem Eingangstor zu machen, sei aber nicht sinnvoll. Der Schubertweg sei etwas länger und gehöre ebenfalls klar zur Zone 30 (viele Familien, Quartierweg). Trotzdem sei auch hier der Aufwand für eine Zone 30 immer noch nicht verhältnismässig.

Durch eine Wegkreuzung werde das vorangehende Signal aufgehoben. Das heisse, man müsste entweder erneut eine Signaltafel mit Tempo 40 aufstellen oder aber es gelte generell Tempo 50. Natürlich denke man, dort könne niemand 40 oder sogar 50 fahren, aber rein rechtlich gesehen, wäre dies möglich.

Sie wolle nun nicht jedes Strässchen, jede Garageneinfahrt aufzählen. Dem Plan sei zu entnehmen, wie schwierig es auf der Aebnitstrasse sei. Bei den Begehungen seien sie immer wieder über diese Aebnitstrasse „gestolpert“. Dabei wäre es so einfach, wenn an beiden Enden der Aebnitstrasse ein Eingangstor zur Zone 30 aufgestellt werden könnte, wodurch das ganze Quartier eine Zone wäre.

Zu Beginn der Arbeit in der Begleitgruppe sei für alle klar gewesen, dass die Aebnitstrasse wegen des Gemeinderatsbeschlusses von der Umwandlung in eine Zone 30 ausgeschlossen sei. Nach der dritten Begehung habe die Begleitgruppe das zu Beginn erwähnte Gesuch an den Gemeinderat gestellt, da für alle klar gewesen sei - welche Lösung auch immer vorgeschlagen werde -, dass das Ganze ein „Flickwerk“ sei und bleibe, unklar und uneinheitlich!

Denn sie würden voll und ganz die Meinung des Gemeinderates, dass alles einheitlich geregelt werden sollte (30-er Zone, 40, 50, mit den entsprechenden Signalen), unterstützen.

Trotzdem würden sie sich fragen, ob es einheitlich sei, dass die Aebnitstrasse mit der Thorackerstrasse oder Feldstrasse gleichgesetzt und als Ortsverbindungsstrasse deklariert werde, wobei an der Rechtsvortrittsregelung auf der Aebnitstrasse festgehalten werde.

Ob es wohl einheitlich sei, dass nicht bei allen Seitensträsschen, die zur Zone 30 gehörten, ein Eingangstor stehe? Oder, dass beim Schulhaus Aebnit diejenige Strassenmarkierung vorgenommen würde, welche bei allen Schulanlagen der Gemeinde (Zone 30) vorgesehen sei?

Diese und viele weitere Fragen könnten nur mit einem „Nein“ beantwortet werden. Die Aebnitstrasse sei keine Ortsverbindungsstrasse, denn sie verbinde keinen Ort mit einem anderen. Muri und Gümligen seien an der Aebnitstrasse zusammengewachsen und verbunden. Man könne die Aebnitstrasse viel eher als Umfahrungsstrasse bezeichnen. Weshalb würden die BewohnerInnen des

Multenguts oder der Vilette auf dem Weg ins Füllerichzentrum über die Aebnitstrasse fahren, weshalb würden die BewohnerInnen des Füllerichquartiers auf dem Weg Richtung Murizentrum über die Aebnitstrasse fahren und weshalb würden die BewohnerInnen des Seidenbergquartiers auf dem Weg in die Stadt über die Aebnitstrasse fahren? Ganz einfach: Sie alle würden den roten Platz umfahren.

Die Aebnitstrasse habe den Charakter einer Quartierstrasse und werde auch von der Bevölkerung als solche empfunden. Weshalb wohl würden so viele Geranientöpfe auf dieser Strasse stehen und sie damit an zahlreichen Orten verengen?

Die Aebnitstrasse sei nicht nur eine Quartierstrasse, sondern zugleich auch ein stark frequentierter Schulweg. Mit der Eröffnung der Kindertagesstätte Steinhübeli werde die Anzahl der sogenannt schwachen VerkehrsteilnehmerInnen noch zunehmen. Würde die Aebnitstrasse in die Tempo 30 Zone miteinbezogen, gälte für das ganze Quartier eine einheitliche Regelung und Markierung. Die Eingangstore Waldriedstrasse, Steinhübeliweg und Bellevuestrasse müssten nicht erstellt und das Geld für die paradox wirkenden acht 40-er Tafeln – immerhin CHF 4'000.00 – könnte eingespart respektive für andere bauliche Massnahmen verwendet werden.

Zone 30 erfordere bauliche Massnahmen. Gemäss Auskunft von Herrn Steiner (verkehrsteiner) brauche es aber nicht so viele. Mit den Blumentöpfen und den Verengungen habe man schon Tempo 30 – 35 und dies würde fast schon genügen. Im Investitionsplan 05/06 sei für die Umgestaltung Aebnitstrasse bereits ein Betrag von CHF 300'000.00 enthalten.

Zahlreiche Gründe würden aufzeigen, weshalb an der Motion festgehalten werden müsse und ein Postulat hier fehl am Platze wäre. Jetzt würden die geplanten 30-er Zonen bewilligt und umgesetzt.

Ursula Wenger und sie würden hoffen, dass die Gründe für eine Umwandlung in ein Postulat nicht darin liegen würden, dass Wahlen vor der Türe stünden und der „alte“ Gemeinderat nichts Neues mehr in die Hände nehmen wolle. Denn hier gebe es nichts in die Hände zu nehmen, sondern es liege bereits auf der Hand!

Ursula Wenger (EVP) zitiert: *„Ein Bild sagt mehr als tausend Worte - ein Plan auch.“*

Wenn man den vorliegenden Plan auch nur kurz studiere, komme man trotzdem bald einmal zur Erkenntnis, dass das Quartier als Einheit behandelt werden müsse.

Pia Aeschmann habe alle technischen Finessen erläutert. Die Aebnitstrasse, welche sich wie ein Rückgrat mitten durch das dicht bewohnte Quartier schlängle, werde durchschnittlich mit 30 bis 35 Stundenkilometern befahren. Man könnte diesbezüglich sagen, dass das Aebnit de facto bereits heute eine Zone Tempo 30 sei und diese Tatsache nun nur noch legalisiert werden müsse, indem man die Aebnitstrasse in eine Quartierstrasse umqualifiziere – das Anliegen dieser Motion!

Ausserdem wäre dies sowieso einer der Diskussionspunkte, welche bezüglich des neuen Verkehrsrichtplans in 2 bis 3 Jahren aufs Tapet käme. Das Aebnit sei eines der ersten Quartiere, wo eine Umwandlung der 40-er Zone gemacht würde – und dies solle nun heute und nicht erst in 2 bis 3 Jahren passieren.

Ein stichhaltiger Entscheid müsse also so schnell als möglich gefällt werden. Es sei nicht der gute Wille, sondern die Zeit, die fehle, um auf den neuen Verkehrsrichtplan zu warten. Änderungen in diesem Plan würden übrigens in der Kompetenz des Gemeinderates liegen.

Sie sei überzeugt, dass die Umqualifizierung der Aebnitstrasse spätestens im neuen Verkehrsrichtplan verwirklicht würde. In diesem Fall dürfte man sich nicht darüber wundern, wenn sich die Bevölkerung kopfschüttelnd frage, warum zuerst

ein solches Flickwerk kreiert worden sei und man nicht schon im Jahre 2004 eine logische und allgemein verständliche Verkehrsregelung umgesetzt habe. Es sei nicht so, dass die Einführung der Tempo Zone 30 im gesamten Aebnitquartier bedeuten würde, dass nicht mehr durch die Aebnitstrasse gefahren werden könnte, sondern dies nur ein paar Stundenkilometer langsamer. Diese Tatsache dürfte jedoch auch für die Gegner kein Problem sein. Erstaunlicherweise hätten ihr nämlich alle, mit denen sie über das Problem diskutiert habe, versichert, dass sie bereits heute auf der Aebnitstrasse höchstens 30 fahren würden. In Anbetracht dieser Aussagen frage sie sich, wo denn das Problem überhaupt liege.

Wer gerne etwas schneller fahre, habe ja immer noch die Variante via Thorackerstrasse, was kilometermässig in etwa gleich weit sei, oder via Feldstrasse. Dies sei zwar etwas weiter, dafür könne man zügiger fahren.

Obschon Pia Aeschmann und sie an der Motion festhalten, bedeute dies nicht, dass sie allgemein eine „Patchwork-Planung“ unterstützen würde, ganz im Gegenteil. Es sei jedoch Tatsache, dass sich die Devise „Kompromisslos im Gesamtaufbau, flexibel im Detail“, bereits seit eh und je bewährt habe, und dies in allen Bereichen, sowohl in den Grossen wie in den Kleinen.

Nur wenn dieses Geschäft als Motion überwiesen werde, gebe man dem Anliegen eine faire Chance. Sie persönlich bitte daher, über den eigenen Schatten zu springen und zukunftsorientiert und nachhaltig zu entscheiden – nach dem Motto „flexibel im Detail“.

Ursula Gutmann erklärt, dass der Gemeinderat den Strassenrichtplan nicht isoliert ändern möchte. Es gehe um drei Strassen, welche die beiden Ortsteile verbinden würden. Deshalb wolle man nun nicht – ohne eine Gesamtbetrachtung – eine Strasse im Richtplan ändern. Sie bitte daher die Parlamentsmitglieder, die Motion abzulehnen.

Beschluss

Mit 15 Ja zu 15 Nein, bei 2 Enthaltungen, wird die Überweisung der Motion Aeschmann (Forum) / Wenger (EVP) betr. Einstufung der Aebnitstrasse im Verkehrsrichtplan mit Stichentscheid des Vorsitzenden abgelehnt.

7 Interpellation Matyassy (FDP) betr. Beleuchtung der Mannenriedstrasse, Verbindungsstück Elfenau – Mettlen

Die Antwort liegt schriftlich vor.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Johannes Matyassy (FDP) dankt dem Gemeinderat für die Antwort.

8 Interpellation Siegenthaler (FDP) betr. Zentrums-Überbauung Turbenweg in Gümligen

Die Antwort liegt schriftlich vor.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Urs Siegenthaler (FDP) dankt dem Gemeinderat für die speditive Antwort. Er hoffe, dass auch die Umsetzung speditiv erfolge und wünsche dem Gemeinderat eine glückliche Hand mit den Investoren.

9 Einfache Anfrage Wenger (EVP) / Aeschimann und Beyeler (Forum) betr. Annahme der Volksinitiative (Doppelinitiative) „Moratorium von Mobilfunkantennen auf gemeindeeigenen Gebäuden“

Die Antwort liegt schriftlich vor.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

10 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Grütter (SVP) betreffend Aufhebung des „Fonds für das Alter“ (Konto 2033.06)

Der Gemeinderat wird beauftragt, den „Fonds für das Alter“, Konto 2033.06, aufzuheben und den Saldo in das Eigenkapital der Gemeindebilanz überzuführen.

Begründung:

Der „Fonds für das Alter“ wurde 1947 gebildet, unmittelbar nach Einführung der AHV. Die nun fast 60-jährige Erfahrung mit der AHV zeigt, dass dieser Fonds nicht nötig ist (Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2003). Der Fonds für das Alter ist eine Rückstellung mit Eigenkapitalcharakter. Überflüssige Rückstellungen sind aufzulösen.

Es widerspricht heutigen Grundsätzen über die öffentliche Haushaltsführung, aus prinzipiell ungebundenen Steuermitteln Fonds zu äufnen. Die laufende Rechnung ist nicht mit fiktiven Auslagen zu belasten.

Auf kantonaler Ebene sind Spezialfinanzierungen zu befristen und periodisch auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen (Art. 10 Abs. 1 Finanzhaushaltsgesetz, BSG 620.0).

Die Äufnung des „Fonds für das Alter“ strapaziert auch die Bestimmungen des Gemeindegesetzes (Art. 87 Abs. 3), wonach Spezialfinanzierungen nicht mit im voraus bestimmten Anteilen der ordentlichen Gemeindesteuern oder Liegenschaftssteuern gespeist werden dürfen.

Gümligen, 18. Mai 2004

U. Grütter

Ch. Staub, R. Eggimann, A. Müller, E. Bigler, M. Loosli, M. Graham, A. Stettler, J. Beck, R. Grubwinkler, U. Wenger, H. Treier (12)

Motion Ralf Grubwinkler (jf) / Barbara Künzi-Egli (FDP) betreffend Aaredamm und Aareufer

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Bevölkerung der Gemeinde Muri bei Bern über die Planung und die Projekte des Kantons i.S. Hochwasserschutz im Bereiche des Aareufers der Gemeinde Muri bei Bern laufend zu informieren und rückwirkend eine detaillierte Stellungnahme zu den Gründen, die zur Absperrung des Aaredammes führten, zu veröffentlichen.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, beim Kanton einen verbindlichen Zeitplan für die Planung des Hochwasserschutzes im Bereich des Aareufers der Gemeinde Muri bei Bern einzufordern.

Begründung:

Der Pressemitteilung vom 5. April 2004 konnte einer knappen Erklärung entnommen werden, weshalb der Aaredamm zwischen Muribadparkplatz und Fähribezug auf einer Länge von 250 m gesperrt werden musste. Die Gründe müssen nach Ansicht der Motionäre den Einwohnerinnen und Einwohnern transparenter erklärt werden.

Die Gemeinde Muri bei Bern hat mit ihrer Lage direkt an der Aare einen nicht zu unterschätzenden Standortvorteil. Das Aareufer zieht Erholungssuchende auch aus der näheren Umgebung an. In allen Jahreszeiten ist das Erholungsgebiet Aare ein beliebter Spazierweg für Alt und Jung, Jogger und Hundebesitzer. Die Vielfältigkeit des Aareufers lässt manchen ausländischen Besucher staunen. Der Beschluss des Gemeinderates, den Damm wegen dem geplanten Gesamtprojekt nicht mehr zu unterhalten, erfordert ein dringendes Vorantreiben des kantonalen Projektes. Wird der Kanton nicht aktiv, droht die wunderschöne Aarelandschaft zu einem sehr unvorteilhaften Dammrüinen-Gebiet zu werden. Niemand würde begreifen, wieso am Aareufer ein in sich zusammenfallender Betonstreifen steht, der weder als Spazierweg noch als Hochwasserschutz dient. Die jetzige Absperrung beim Zugang des beschädigten Dammes hindert Spaziergänger bei niedrigem Wasserstand nicht, diesen zu betreten, dort zu picknicken oder sich zu sonnen. Bei einem Unfall wäre es die Sache eines Richters zu entscheiden, ob die Gemeinde als Werkeigentümer des Dammes nicht haftbar gemacht werden kann ...

Da die Hochsaison an der Aare bald beginnt, wird der Gemeinderat gebeten, in der Juni-Sitzung eine Antwort über seine Abklärungen vorzulegen.

Gümligen, 18. Mai 2004

Ralf Grubwinkler (jf)
Barbara Künzi-Egli (FDP)

P. Gubler, J. Beck, U. Wenger, F. Aebi, Ch. Schnyder, E. Mallepell,
M. Häusermann, U. Siegenthaler, U. Gantner, B. Stalder-Ritschard, R. Cadetg,
N. Lützel Schwab-Sturzenegger, F. Müller, R. Beyeler, R. Meyer, R. Eggimann,
U. Flück, H. Treier, J. Matyassy, L. Streit, Th. Roder, P. Aeschmann, M. Graham
(25)

Auf die Frage des Vorsitzenden werden keine Einwände gegen das Verfahren erhoben.

Persönliche Erklärung von Ralf Grubwinkler (jf) zum Leserbrief „Torten statt Argumente“ der jf Muri-Gümligen:

„Ich entschuldige mich namens der jungfreisinnigen muri-gümligen bei allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde - insbesondere bei denen der SP-Ortssektion - die sich persönlich angegriffen fühlten, als sie den Leserbrief „Torten statt Argumente“ in der Zeitung gelesen haben. Dies war nicht unsere Absicht.

Gleichzeitig möchte ich aber auch betonen, dass die jungfreisinnigen zur Zeit nicht in einer einfachen Situation sind, was die jungen linken Gruppierungen anbelangt. Diese haben Pressecommuniqués entworfen und unter gefälschten E-Mailadressen jungfreisinniger Mitglieder an die Medien weitergeleitet oder im Namen der jungfreisinnigen Initiativtexte verfasst und an Passanten verteilt. Das wenig respektvolle Auftreten dieser Gruppe am Anlass mit Bundesrat Merz hat für uns das Fass zum Überlaufen gebracht.

Die jungfreisinnigen schätzen das politische Klima in unserer Gemeinde sehr und geniessen es, wie in der Gemeinde sachlich und fundiert diskutiert werden kann. Gleichzeitig verurteilen sie aber die verschiedenen Attacken der linksorientierten Jugendlichen sehr und hoffen, dass diese in Zukunft auf einer konstruktiven und lösungsorientierten Ebene ausgetragen werden können, damit es nicht mehr zu solchen Vorkommnissen führt.“

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Der Präsident:

Die Protokollführerin:

Ch. Staub

N. Sanktjohanser